



Wer früher rechts von dem Baum parkte, bekam ein Knöllchen. Jetzt parkt das Einsatzfahrzeug des Ordnungsamtes selbst dort. Das provozierte so manchen Bürger. Foto: Karsten Mittelstädt

Einsatzfahrzeug muss wieder weg

WGA
01.05.

Bürger schrieben wütende Kommentare, weil dort, wo sie selbst Knöllchen bekamen, nun der VW-Bulli des Ordnungsamtes steht.

Von Karsten Mittelstädt

Seit Tagen kocht die Volksseele in Wermelskirchen hoch. Grund ist ein einziger Stellplatz an der Telegrafienstraße vor der Sparkasse. Seit Mitte März nutzt das Ordnungsamt angemietete Räume im Haus Telegrafienstraße 11. Für den VW-Transporter, den die Mitarbeiter des Ordnungsamtes für ihre Tätigkeit nutzen, wurde vor der Sparkasse, unmittelbar an der Einmündung zur Straße An der Feuerwache, ein Stellplatz eingerichtet. Genau an der Stelle, an der viele Wermelskirchener schon ein Knöllchen erhielten, weil sie „mal eben“ in die Sparkasse wollten und ihr Fahrzeug dort abstellten.

„Die Bürger empfinden das als eine ausgesprochene Provokation, was wir auch verste-

hen können“, schrieb Rüdiger Bornhold, der für die WNK UWG als Sachkundiger Bürger im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr sitzt, in einem offenen Brief an Bürgermeister Rainer Bleek.

„Wir haben diese Brisanz nicht gesehen“, räumte gestern der Erste Beigeordnete Stefan Görnert gegenüber dem WGA ein. Auch Bürgermeister Rainer Bleek sieht das so: „Das war nicht sehr glücklich und mit der Verwaltungsspitze so auch nicht vereinbart.“ Er habe am Montag Ordnungsamtsleiter Arne Feldmann angewiesen, nach einer neuen Lösung zu suchen.

Eines sei aber auch klar: „Die Mitarbeiter brauchen das Fahrzeug in unmittelbarer Nähe.“ Es müsse also ein Stellplatz in zumutbarer Entfernung zum aktuellen Standort

ORDNUNGSAMT

UMZUG Bis auf das Bürgerbüro und das Standesamt zogen die Amtsleitung und alle Mitarbeiter des Ordnungsamtes in die früheren Büros der Barmer in der Telegrafienstraße 11. Grund war der Platzmangel im Rathaus. Das ist nur eine vorübergehende Lösung. Langfristig soll das ehemalige Polizeigebäude am Rathaus genutzt werden.

des Ordnungsamtes an der Telegrafienstraße gefunden werden, sagt Bleek. „Der Stellplatz für das Einsatzfahrzeug des Ordnungsamtes ist natürlich alles andere als optimal“, sagt Görnert. „Das wissen wir auch.“ Dort den Stellplatz einzurichten, erschien der Verwaltung aber besser, als einen der bestehenden öffentlichen Parkflächen umzuwidmen, was auch straßenverkehrsrechtliche Hindernisse habe.

Ungünstig sei der Stellplatz für den VW-Transporter allein

deshalb schon, wettete Friedel Burghoff (Büfo) in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr, „weil dadurch die Parkflächen vor der Sparkasse hinter dem VW-Bus nicht mehr zu sehen sind.“ Außerdem stelle es die Glaubwürdigkeit in Frage, wenn früher an dieser Stelle Knöllchen verteilt wurden und jetzt das Ordnungsamt dort stehe. „Der Bus muss da weg“, schimpfte Burghoff.

„Das war nicht sehr glücklich und so auch nicht vereinbart.“

Rainer Bleek Bürgermeister

Doch das scheint nicht so einfach zu sein. Die Zufahrt direkt neben dem Gebäude Telegrafienstraße 11 ist bereits an den Verein Alpha vermietet. Gleiches gilt für die Parkplätze unmittelbar vor dem Euro-Grill und vor der Spielhalle.

„Vielleicht“, so hofft Bleek,

„gibt es in unmittelbarer Umgebung einen Stellplatz, der angemietet werden kann.“ Der dürfte allerdings nicht zu klein sein, da der VW-Bus, mit dem unter anderem die Mitarbeiter unterwegs sind, die über den ruhenden Verkehr wachen, also Strafzettel verteilen, größere Ausmaße hat als ein Kleinwagen.

Als das Ordnungsamt noch komplett im Rathaus untergebracht war, stand der VW-Bulli hinter dem früheren Polizeigebäude. Dieser Parkplatz ist aber über 270 Meter vom jetzigen Standort des Bürgerbüros entfernt. Auch die Tiefgarage des Rathauses scheidet als Unterbringungsort aus. Das Fahrzeug ist mit 2,25 Meter zu hoch für die Tiefgarage mit einer Deckenhöhe von zwei Meter.

Ursprünglich war das Fahrzeug mal gebraucht angeschafft worden, um als mobiles Bürgerbüro in Dhünn und Dabringhausen unterwegs zu sein.

» Standpunkt

STANDPUNKT

Wenig Fingerspitzengefühl

Von Karsten Mittelstädt

Das diejenigen, die sich in den sozialen Medien mitteilen, nicht dem Bevölkerungsquerschnitt entsprechen, dürfte bekannt sein. Es geht dort oft deftiger zu in Wortwahl und Ausdruck als im wirklichen Leben. Wenn aber selbst besonnene Menschen verärgert reagieren, wie bei dem Parkplatz des Sparkasse, merkt auch der ein oder andere Politiker: Da stimmt was nicht. Es ist gut, dass die Stadtverwaltung auf den Missstand aufmerksam gemacht wurde - wenn man über die Wortwahl, mit der das mitunter geschieht - auch trefflich streiten kann. Aber selbst Beigeordneter Stefan Görnert sagt, er sei froh über die Reaktionen.

Nur wenn etwas bekannt sei, könne man auch korrigierend eingreifen. Das ist dringend notwendig, denn die Verwaltung ließ in diesem Fall jedes Fingerspitzengefühl vermissen. Ausgerechnet dort einen Parkplatz für das große Einsatzfahrzeug des Ordnungsamtes einzurichten, wo früher Knöllchen wegen Falschparkens verteilt wurden, zeugt von wenig Sensibilität.

» Einsatzfahrzeug muss...



karsten.mittelstaedt@rga-online.de

Heftige Diskussion um Parkplatz für den Bus des Ordnungsamts

BB1
01.05
19

VON TIM KRONNER

WERMELSKIRCHEN Es gibt Diskussionen um den neuen Parkplatz des Ordnungsamts an der Telegrafienstraße. WNKUWG-Politiker Rüdiger Bornhold hat einen Brief an Bürgermeister Rainer Bleek geschrieben und fordert, den Stellplatz zu verlegen. Im sozialen Netzwerk Facebook zeigen sich viele Menschen seiner Meinung: Der große Bus würde die Optik verschandeln, den Bürgersteig in Anspruch nehmen und es sei provokant, dass ausgerechnet das Ordnungsamt im absoluten Halteverbot stehen dürfe.

Seit etwas mehr als zwei Wochen parkt das Ordnungsamt auf dem neuen Stellplatz. Der Grund für die Einrichtung war der Umzug in das Gebäude an der Telegrafienstraße Nummer elf - also in einiger Entfernung zum Rathaus. Das Parken dort kam nicht infrage, wie Harald Drescher, Leiter des Tiefbauamtes, damals betonte: „Wie Polizei und Feuerwehr müssen die Mitarbeiter für ihr Fahrzeug einen Stellplatz in der Nähe ihres Büros haben, um schnell am Einsatzort zu sein.“

Dass dafür im absoluten Halteverbot geparkt wird, finden Rüdiger Bornhold und viele andere Bürger falsch. „Das gleiche Ordnungsamt, das dort vorher Knöllchen an die Scheiben geheftet hat, steht jetzt selbst da“, sagt Bornhold. Dabei gehe es ihm nicht darum, den Platz auch für andere Autos freizugeben, sondern diesen einfach als leere Flä-

Früher wurde hier wild geparkt, dann kam das absolute Halteverbot. Jetzt steht dort der Bus des Ordnungsamts.

FOTO: PUDELSKI



che zu erhalten. Bei der Verschönerung der Innenstadt habe man seinerzeit bewusst auf möglichst viele Freiflächen für die Bürger geachtet. Diese jetzt einfach dem Ordnungsamt einzuverleiben sei nicht richtig, schreibt Bornhold und bekommt dafür viel Zustimmung.

Bei Facebook schreibt eine Rollstuhlfahrerin etwa, dass sie nun durch die bauliche Kuhle des Gullideckels fahren müsse, anstatt die ebene Fläche nutzen zu können. Andere haben weniger rationale Argumente, unterstellen den Ordnungsamtsmitarbeitern das Fahrzeug sowieso nicht zu benutzen oder mangelnde Fitness, weil sie einen so nahegelegenen Parkplatz benötigen.

Kein Verständnis für diese Auslegung hat Ordnungsamtsleiter Arne Feldmann. Der Bus sei sehr wohl viel im Einsatz, sagt er gegenüber unserer Redaktion. Und wenn seine Mitarbeiter ausrücken, seien sie oft mit

viel Gepäck unterwegs. Sowieso versteht er die Aufregung nicht, denn der Parkplatz sei nur ein Provisorium. „Auch ohne diese politische Initiative sind wir auf der Suche nach einem neuen Parkplatz“, sagt Feldmann. Diesen zu finden sei nur bislang nicht möglich gewesen - etwa weil der hohe Bus in kein Parkhaus passt. „Und weil wir keinen öffentlichen Parkplatz blockieren wollen, ist dieser Platz erst mal der beste, den es derzeit gibt.“

Bornhold befürchtet derweil, dass der Parkplatz finanziell negative Auswirkungen für die Stadt haben könnte. Der Umbau der Telegrafienstraße sei seinerzeit mit Landesmitteln gefördert worden. „Wenn da jetzt etwas geändert wird, muss das mit dem Fördergeber abgestimmt werden“, sagt Bornhold. Ansonsten müsse man die Gelder zurückzahlen. Ob das in diesem Fall zutrifft, konnte die Stadt auf Anfrage unserer Redaktion bislang nicht überprüfen.

Stadt startet Pilotprojekt ^{NEA} ^{03.05.19}

Wermelskirchen wird das System der Mitfahrerbanke zunächst testen.

Von Karsten Mittelstädt

Auch in Wermelskirchen sollen Mitfahrerbanke aufgestellt werden. Das beschloss der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr in seiner jüngsten Sitzung. Mitfahrerbanke sollen den Öffentlichen Personennahverkehr ergänzen und dort für mehr Mobilität sorgen, wo weder Bus noch Bürgerbus hinfahren. Das Prinzip ist ganz einfach. Wer auf einer dieser Banke sitzt, signalisiert vorbeifahrenden Autofahrern, dass er oder sie mitgenommen werden möchte. Und damit Autofahrer gleich wissen, in welche Richtung der Mitfahrer mitgenommen werden möchte, gibt es Aufklappschilder mit möglichen Zielorten.

Die WNK-UWG-Fraktion hatte beantragt, solche Mitfahrerbanke in Wermelskirchen einzuführen. Allerdings ist die Stadtverwaltung überfordert, gleich ein ganzes Konzept mit Standorten für das gesamte Stadtgebiet aufzustellen. „Dazu sind wir personell nicht in der Lage“, stellte Beigeordneter Thomas Marner klar. Die Mitfahrerbank als Pilotprojekt



So sieht eine der Mitfahrerbanke in Burscheid aus. Wie intensiv sie in Anspruch genommen werden, ist noch unklar. Foto: Stadt Burscheid

einzuführen, wie es die WNK-UWG ebenfalls beantragt hatte, sei aber möglich. Olaf Allendorf, sachkundiger Bürger der WNK-UWG, hatte bereits Standortvorschläge gemacht, die die Verwaltung nun für ein Pilotprojekt prüfen will: Ein Standort könnte die RVK-Niederlassung mit den Zielen Braunsberg, Herrlinghausen/Kolfhausen, Döllwersweg/Ellinghausen und Löh sein. Ein zweiter die Haltestelle Schwarze Delle mit den Zielen Döllersweg/Ellinghausen, Löh, Herrlinghausen/Kolfhausen,

Braunsberg. In einigen Nachbarstädten, zum Beispiel Burscheid, gibt es die Banke seit Oktober vergangenen Jahres schon. Wie groß die Resonanz ist, konnte Renate Bergfelde-Weiss, Sprecherin der Stadt Burscheid, nicht mitteilen. „Das beobachtet ja niemand.“ Nach einem Jahr soll in Wermelskirchen geprüft werden, „ob das System läuft“, wie Henning Rehse (UWG-WNK) sagte. „Dann müssen wir aber auch hinreichend werben, damit die Mitfahrerbanke bekannt werden“, darauf wies Jochen Bilstein (SPD) hin.

Stadt: Mitfahrerbanken zunächst als ein Pilotversuch starten

BM 04.05.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Das Wunschprojekt „Mitfahrerbanken“ könnte als Pilotprojekt starten, ein flächendeckendes Gesamtkonzept wird allerdings erst dann erstellt, wenn die Testphase erfolgreich durchlaufen wurde. Darauf einigten sich die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr (STuV) mit der Stadt. Thomas Marner, Technischer Beigeordneter, sichert eine Prüfung zu, wo und wie der Testlauf erfolgen könnte.

Das Konzept der Mitfahrerbanken ist simpel: Bürger nehmen in einem Ortsteil auf der an der Straße aufgestellten Bank Platz, schlagen eine gut sichtbar angebrachte Tafel mit ihrem Ziel auf und signalisieren damit Fahrern, dass sie mitgenommen werden möchten. „Nachbarn können sich so untereinander helfen“, sagte Initiator Olaf Allendorf von der WNKUWG im Gespräch mit dieser Redaktion. Er ist überzeugt, dass das Konzept nach einer Eingewöhnungsphase auch in Wermelskirchen angenommen wird.

Die Intention hinter dem Antrag der WNKUWG ist, dass diese Form der Mitfahrgelegenheit eine Lücke im ÖPNV- und Bürgerbus-Angebot in ländlichen Gebieten und entlegenen Hofschaften schließt. Sie weist darauf, dass Nachbargemeinden mit Mitfahrerbanken bereits gute Erfahrungen gemacht haben.

Die Fraktion hat auch schon zwei Stellen im Stadtgebiet genannt, an denen Mitfahrerbanken aufgestellt werden könnten: an der RVK-Niederlassung Richtung Burscheid mit den Zielen Braunsberg, Herrlinghausen/Kolfhausen, Döllersweg/Ellinghausen und Löh – und an der Schwarzen Delle mit den gleichen Zielen, allerdings in Richtung Wermelskirchen.

Marner stellte klar, dass die Verwaltung personell nicht in der Lage ist, ein umfassendes Konzept für Mitfahrerbanken in Wermelskirchen zu erstellen. „Aber wir sind in der Lage, einen Piloten zu starten.“ WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse zeigte sich mit dem Vorschlag einer Testphase einverstanden. Damit solch ein neues Angebot auch angenommen wird, müsse man es bewerben, intensiv Öffentlichkeitsarbeit betreiben, ergänzte Jochen Bilstein, SPD-Fraktionsvorsitzender.



Eine Mitfahrerbank lädt in Burscheid Menschen ein, Platz zu nehmen und Vorbeifahren zu signalisieren, dass sie mitfahren möchten.

FOTO: WNKUWG

Entsorger beharrt auf gelben Säcken

Die Politiker im Hauptausschuss wurden am Montag darüber informiert, dass ein Wahlsystem „gelber Sack“ und gelbe Tonne“ nicht eingeführt werde. Das aber hatte der Stadtrat beschlossen. Dem Entsorger wäre das zu unwirtschaftlich.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Die Würfel sind gefallen: Die gelbe Tonne wird voraussichtlich nicht kommen, Bürger werden weiter ihre Verpackungsabfälle nur über gelbe Säcke entsorgen können. Die Information erhielt der Haupt- und Finanzausschuss in nicht-öffentlicher Sitzung am Montagabend, sagte Bürgermeister Rainer Bleek auf Nachfrage dieser Redaktion. Weil diese von den Verhandlungsführern getroffene Entscheidung formal nur über einen Klageweg ausgehebelt werden könnte und das Verfahren voraussichtlich Jahre dauern würde, regt sich im politischen Raum Widerstand. Denn der Stadtrat wollte etwas anderes: ein Wahlsystem, also beide Varianten gelber Sack und gelbe Tonne parallel. Aber just dieses Sammelsystem wurde nun mit dem Hinweis abgelehnt, dass für den Entsorger wirtschaftlich nicht vertretbar sei.



BH
08.05.19

Vor der Abholung stapeln sich die gelbe Säcke am Straßenrand, manche platzen auf, der Müll fliegt herum.

ARCHIVFOTO: HD

Henning Rehse (WNKUWG) ist empört über die Nachricht: „Das ist eine Brüskierung der politischen Gremien.“ Dem Bürger sei außerdem suggeriert worden, er habe die Wahl. Aber eine echte Chance habe nie bestanden, wie sich jetzt herausstelle. Der Fraktionsvorsitzende kündigte an, dass er das Thema in der nächsten Ältestenrat-Sitzung ansprechen werde. Und er fordert eine Aufklärung – auch über die Ausschreibungsmodalitäten. In seinen Augen werde der Beschluss der Stadtrats nach dem auf überregionaler Ebene getroffene Verhandlungsergebnis zur Farce. Und eine Klage bringe nichts, denn 2020 werde der Entsorger „Reclay“ nur die

gelben Säcke entsorgen – das alte System läuft so unter neuer Flagge.

Wie berichtet, hatte der Stadtrat mehrheitlich beschlossen, dass Bürger künftig wählen können dürfen, ob sie die Verpackungsabfälle in gelben Säcken oder in gelben Tonnen sammeln. Bislang werden gelbe Säcke benutzt. Diese sind aus ästhetischen Gründen und wegen teilweise mangelnder Reißfestigkeit umstritten. Deshalb gab es Stimmen, die die Einführung der gelben Tonne forderten. Laut dem – seit 1. Januar gültigen – Verpackungsgesetz sollen Kommunen selbst darüber entscheiden dürfen, auf welche Weise der Verpackungsmüll entsorgt wird.

Ein Misch-System werde bereits in 70 Städten praktiziert, erläuterte

INFO

BWS verhandelt mit Dualen Systemen

Grundlage Die Abstimmung der Sammelsysteme zwischen den Dualen Systemen und den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern sowie die Ausschreibungen der entsprechenden Logistikleistungen durch die Dualen Systeme sind im Verpackungsgesetz geregelt. Auch

die Mitwirkungsrechte der Entsorgungsträger sind darin geregelt.

Verhandlungsführer Die Bergische Wertstoff-Sammel-GmbH (BWS) führt seit 2019 als Zusammenschluss aller zuständigen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger im Vertragsgebiet die Verhandlungen mit den Dualen Systemen.

Rehse. Diese Variante soll dort auch weiterhin Bestandsschutz genießen. Diejenigen aber, die wie Wermelskirchen nur das gelbe-Sack-System haben, müssen weiterhin mit

der Billigvariante leben, sagt Rehse. Nach seinen Informationen wurden die Gebiete den zehn Entsorgungsfirmen im privatrechtlichen Dualen System zugeordnet. Die Firma

Schönmakers, der eine andere Region zugeteilt sei, biete das Mischsystem, Reclay aber nicht.

Bereits im Januar hatte Rehse bei der Bergischen Wertstoff-Sammel GmbH (BWS), die das Mandat als Verhandlungsführerin hat, nachgefragt, ob die BWS „auf die Umsetzung der kommunalen Beschlüsse hinsichtlich der Art der Sammelsysteme hinwirken und darauf achten wird, dass diese sich in der Ausschreibung wiederfinden“. Als Antwort erhielt er die Zusage, dass die BWS eine schriftliche Begründung einfordern werde und diese mit der Stadt besprechen werde, sollte DSD (Duales System Deutschland) den Vorschlag der Kommune ablehnen.

Es wird beim gelben Sack bleiben

Duales System Deutschland lehnt von der Ratsmehrheit gewünschtes Mischsystem ab.

Von Karsten Mittelstädt

In Wermelskirchen werden Verpackungsabfälle auch in Zukunft in den dünnen gelben Säcken gesammelt. Die gelbe Tonne wird nicht eingeführt. Stadtkämmerer Dirk Irlenbusch teilte im nicht-öffentlichen Teil der Haupt- und Finanzausschusssitzung den Politikern die Entscheidung des Dualen System Deutschland (DSD) mit. Das wird in der Bergischen Region durch die Firma Reclay vertreten. Damit tritt das ein, was Henning Rehse (WNK-UWG) befürchtet und Bürgermeister Rainer Bleek erwartet hat.

Die WNK-UWG-Fraktion hatte gemeinsam mit der CDU im Dezember vergangenen Jahres beschlossen, in Wermelskirchen die Bürger wählen zu lassen, ob sie Verpackungen weiter über den gelben Sack oder in Zukunft über die gelbe Tonne entsorgen wollen. Doch offenbar gab es diese Wahl gar nicht. Zwar gibt es Städte im Rheinisch-Bergischen Kreis, die sowohl die Tonne als auch den gelben Sack haben. Diese genießen le-



WKA
08.05.19

Die gelbe Tonne wird in Wermelskirchen nicht eingeführt. Reclay lehnt das ab.

Foto: R. Keusch

diglich Bestandsschutz. Burkhard Rösner, Geschäftsführer des Bergischen Transportverbandes, der gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen war, warnte bereits im November vergangenen Jahres in einer Sitzung des Hauptausschusses vor Einführung eines Mischsystems, das seiner Meinung nach zu Chaos führe.

„Wir könnten zwar gegen diese Entscheidung vorgehen und ein Verwaltungsgerichtsverfahren anstrengen“, sagte gestern Bleek auf Anfrage. Für

den ab Januar 2020 geltenden Vertrag sei das aber zeitlich nicht mehr möglich. Außerdem misst Bleek einem solchen Verfahren wenig Erfolgchancen bei. Für ihn war die Entscheidung, es beim gelben Sack zu belassen, zu erwarten.

Für Rehse ist die Entscheidung eine Farce, zumal das juristische Widerspruchsverfahren länger dauern würde, als bis zum 1. Januar 2020. Dann tritt der neue Vertrag mit dem Sammelunternehmen in Kraft. „Wir nehmen die Entschei-

dung zur Kenntnis, aber dann können wir uns künftige Abstimmungen auch schenken, wenn unsere Beschlüsse ignoriert werden“, sagte Rehse verärgert.

Wermelskirchens Bürger werden sich also bis auf Weiteres mit den gelben Säcken herumärgern müssen. Die sind teils so dünn, dass sie schnell aufreißen und ihr Inhalt sich dann über die Straßen verteilt. Die Qualität der Säcke werde sich verbessern, hatte Rösner im November 2018 gesagt.

Gelbe Tonne hat noch eine Chance

W6-A
14.05.
19

CDU, WNK UWG und FDP wollen das Sammelsystem doch gegen Reclay durchsetzen.

Von Karsten Mittelstädt

Über die dünnen gelben Säcke, die schnell zerreißen, ärgern sich viele. Die Alternative, nämlich die Gelbe Tonne, wird es in Wermelskirchen aber nicht geben, weil das Duale System Deutschland (DSD), das in dieser Region durch die Firma Reclay vertreten wird, die Einführung ablehnt. So soll es jedenfalls Stadtkämmerer Rainer Irlenbusch in nicht-öffentlicher Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mitgeteilt haben (WGA-Bericht vom 8. Mai). Jetzt scheinen CDU, WNK UWG und FDP-Fraktion aber doch noch einen Dreh gefunden zu haben, wie die Gelbe Tonne nach Wermelskirchen kommen könnte.

Zum Hintergrund: Der Rat hatte beschlossen, die Bürger in Wermelskirchen wählen zu lassen, ob sie Verpackungsabfälle, dafür ist das DSD zuständig, im gelben Sack oder in der Tonne sammeln wollen. Für Wermelskirchen sei die Einführung der Tonne aber nicht möglich, habe es dann in der Sitzung geheißen. Zwar entsorgen bereits einige Städte im Rheinisch-Bergischen Kreis über die Tonne, diese genießen



Bekommen Bürger in Wermelskirchen doch noch die Möglichkeit zwischen Gelber Tonne und Gelbem Sack zu wählen? Foto: Roland Keusch

aber Bestandsschutz, die Neueinführung in Wermelskirchen sei nicht möglich. Das könnte nur über den Klageweg erreicht werden. Da aber eine Klage erfahrungsgemäß Monate, wenn nicht Jahre dauern kann, greift sie nicht mehr zum Vertragsbeginn 1. Januar 2020.

Die Kommunen haben aber die Möglichkeit, eine Rahmenvorgabe zu erlassen, an die sich Reclay halten muss, sofern das

Sammeln der Verpackungsabfälle dann noch wirtschaftlich und technisch möglich ist. Die drei Fraktionen beantragen zur Ratssitzung am 27. Mai, dass die Verwaltung eine solche Rahmenvorgabe formuliert. Deren Inhalt: Die Bürger sollen die Wahlmöglichkeit zwischen Gelbem Sack und Gelber Tonne haben, außerdem wird der zweiwöchentliche Abfuhrhythmus gefordert.

Über die Bergische Wertstoff-Sammel GmbH (BWS), die gegenüber Reclay als Vertreter der Kommunen auftritt, soll die Rahmenvorgabe erlassen werden. „Eine solche Rahmenvorgabe zu erlassen, erlaubt Paragraph 22 des neuen Verpackungsgesetzes“, bestätigt Stadtkämmerer Irlenbusch. Das sei ein Verwaltungsakt, gegen den Reclay natürlich vorgehen könnte. Irlenbusch: „Der Rechtsweg ist offen.“

Entscheidung über den Antrag fällt im Rat am 27. Mai

Es ist also doch noch nicht ausgeschlossen, dass Bürger in Wermelskirchen zwischen den beiden Sammelmöglichkeiten entscheiden können, falls die Mehrheit im Rat dem Antrag zustimmt.

„Wir sind es unseren Bürgern als Rat schuldig, ihre Wünsche gegenüber der ausschließlich gewinnorientierten Entsorgungsbranche gegenüber zu vertreten und auch zu versuchen durchzusetzen“, heißt in der von Christian Klicki (CDU), Henning Rehse (WNK UWG) und Heinz-Jürgen Manderla (FDP) unterzeichneten Begründung des Antrages.

Politik besteht auch auf gelbe Tonne

BH
14.05.2019

WNKUWG, CDU und FDP wollen über eine Rahmenvorgabe die Firma Reclay zwingen, beide Sammelsysteme „gelbe Tonne“ und „gelber Sack“ auszuschreiben. Über ihren Antrag soll am 27. Mai im Stadtrat abgestimmt werden.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Gibt es doch noch eine Chance für die gelbe Tonne als zweites Sammelsystem neben dem gelben Sack? Die Fraktionen von WNKUWG, CDU und FDP wollen sich nicht damit abfinden, dass ihr Ratsbeschluss über das gewünschte Mischsystem „gelbe Tonne und gelber Sack“ nicht umgesetzt werden soll. Die Bürger sollen wählen dürfen, wie sie ihre Verpackungsabfälle sammeln, war die Auffassung der Ratsmehrheit. Jetzt stellen die drei Fraktionen einen Antrag für die nächste Ratssitzung am 25. Mai, um diesen Beschluss durchzusetzen.

Die Stadt solle die erforderlichen Schritte unternehmen, unter anderem eine Rahmenvorgabe an die Firma Reclay erlassen, um das Mischsystem durchzusetzen. Dies könne über die BWS (Bergische Wertstoff-Sammel GmbH), die als öffentlich rechtlicher Entsorgungsträger das Verhandlungsmandat mit den Dualen Systemen (DSD) hat, geschehen. Reclay gehört zu den neun Anbietern im Dualen System und ist für diese Region zuständig. Sie schreibt die Leistungen für die Entsorgung des Verpackungsmülls aus, die dann von Unternehmen wie Rethmann mit dem entsprechenden Fuhrpark und Personal erbracht werden. Die politisch gewoll-



Das Mischsystem wird bereits praktiziert: In Geldern kann der Verpackungsmüll in beiden Varianten entsorgt werden – in der gelben Tonne und im gelben Sack, wie hier auf dem Marktplatz zu sehen ist. FOTO: ZEHRFELD

te Rahmenvorgabe umfasst zwei Eckpunkte: Erstens sollen die Bürger zwischen gelber Sack und gelbe Tonne wählen können. Zweitens soll ein zweiwöchiger Abholrhythmus erfolgen.

Die Verwaltung hatte die Politiker in nicht-öffentlicher Sitzung des Hauptausschusses am vergangenen Montag darüber informiert, dass ein Wahlsystem „gelber Sack“ und „gelbe Tonne“ nicht eingeführt werde, dass statt des politisch geforderten Mischsystems weiterhin nur die gelben Säcke als Sammelsystem angeboten werden. Wenn die Politik dies nicht akzeptiere, bleibe nur der Klageweg.

Dass ein Ratsbeschluss nicht umgesetzt wird, wollten die drei Fraktionen nicht hinnehmen. Das Argument, das Misch- oder auch Wahlsystem sei technisch unmöglich und wirtschaftlich unzumutbar, überzeuge sie nicht. Denn in anderen Städten funktioniere dieses kostenträchtigere System seit Jahren. Warum also nicht in Wermelskirchen?

Die Bürger zahlten in Wermelskirchen den gleichen Anteil an Entsorgungskosten beim Kauf der Produkte, wie dies die Bürger in anderen Regionen tun. Es sei nicht einzusehen, dass Wermelskirchener für identisch gezahlte Entsorgungskosten

ten einen geringeren Entsorgungsservice bekommen, heißt es in der Begründung des Antrags. Wörtlich: „Wir sind es unseren Bürgern als Rat schuldig, ihre Wünsche gegenüber der ausschließlich gewinnorientierten Entsorgungsbranche gegenüber zu vertreten und auch zu versuchen durchzusetzen.“

Dass nicht das Unmögliche gefordert werde, belege auch das Verpackungsgesetz. Es schreibt vor, dass die Mitwirkungsrechte des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, das ist zunächst die Kommune, bei der Frage des Sammelsystems und -strukturen besonders zu berücksichtigen sind. Als Maßstab, was

INFO

Wahlmöglichkeit durch neues Gesetz

Verpackungsgesetz: Die Dualen Systeme müssen die Sammlung der Verpackungsabfälle auf die vorhandenen Sammelstrukturen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (öRE) abstimmen, in deren Gebiet sie eingerichtet werden.

Die Abstimmung hat durch schriftliche Vereinbarung der Systeme mit dem jeweiligen öRE zu erfolgen.

gefordert werden darf, gilt die Entsorgung des Restmülls. Und diese erfolge in Wermelskirchen per Tonne, die maximal 14-tägig geleert wird, sagt Henning Rehse von der WNKUWG.

Spannend werde es nach dem Ratsbeschluss. Reclay müsse diesen umsetzen oder andernfalls den Klageweg beschreiten. Ob zum 1. Januar 2020 tatsächlich das Mischsystem angeboten wird, sei also offen.

Wermelskirchens Widerstand könne Schule machen „Wir sind die erste Kommune, die diese Weg beschreitet. Andere Städte, die auch das Mischsystem wollen, könnten nachziehen“, schätzt Rehse.

Warnsystem soll Radfahrern helfen

„Bike Flashes“ könnten Abbiegeunfälle an gefährlichen Kreuzungen verhindern.

BB
15.05.19

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Fahrradfahrer gehören wie Fußgänger zu den schwächsten Verkehrsteilnehmern. Besonders beim Rechtsabbiegen werden sie von Pkw- und Lkw-Fahrern häufig im toten Winkel übersehen. Es kommt zu Unfällen, bei denen die Radfahrer und Fußgänger oftmals schwer verletzt werden. Die Fraktion der WNKUWG regt nun ein Frühwarnsystem an, das solche folgenschweren Zusammenstöße auf Kreuzungen und an Einmündungen verhindern soll: Sie stellt zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 24. Juni den Antrag, die Einführung von sogenannten „Bike-Flashes“ zur Sicherung von gefährlichen Kreuzungen und Einmündungen gegen Abbiegeunfälle zu überprüfen.

Und so funktioniert der „Bike Flash“: Nähert sich ein Radler oder ein Fußgänger der Anlage, wird er von einer Wärmebildkamera erkannt. Ein Sensor setzt automatisch vier in unterschiedlichen Höhen befestigte LED-Lichtbögen in Betrieb. Ein Blinklicht weist das rechts abbiegende Fahrzeug auf den Radfahrer im toten Winkel hin. Gleichzeitig wird auf einem kleinen Monitor der Radfahrer vor dem Rechtsabbieger gewarnt. Die Kreisstadt Wesel hat

sich als erste Kommune in Nordrhein-Westfalen entschieden, ein solches System einzuführen, nachdem eine Radfahrerin 2018 bei einem Unfall ums Leben kam, weil ein Lkw-Fahrer sie beim Rechtsabbiegen übersehen hatte.

Die WNKUWG sieht auch in Wermelskirchen Handlungsbedarf. Denn dem aktuellen Fahrradklima-Test des ADFC zufolge fühlen sich Radfahrer in Wermelskirchen nicht sicher, verzichten womöglich auf Fahrten durch die Innenstadt. Sofern eine Gefahrenanalyse/Unfallstatistik für die Kreuzungen vorliegt, solle die Verwaltung eine Prioritätenliste anfertigen, regen die Freien Wähler an. Zur Finanzierung dieser Frühwarnsysteme ist nach Vorstellungen der WNKUWG

die Verwendung von Bußgeldeinnahmen des Straßenverkehrs neben Fördermöglichkeiten zu prüfen. Eine Auswertung sollte nach Ablauf eines jeden Jahres erfolgen.

Laut Statistik ereignen sich 40 Prozent aller Radunfälle beim Abbiegen. Bei weiterhin steigendem Anteil des Radverkehrs in Wermelskirchen bestehe Handlungsbedarf. Die Einführung oder Nachrüstung von Abbiegeassistenten in Fahrzeugen als gesetzliche Vorgabe lasse sich kurzfristig bis mittelfristig nicht umsetzen. Dagegen könnten die Warnlicht-Säulen der „Bike-Flash“-Anlage schneller aufgestellt werden und somit die Sicherheit insbesondere von Radfahrern und Fußgängern entscheidend verbessern.

Blinkende Lampen signalisieren dem Lkw-Fahrer, dass er beim Rechtsabbiegen einen Radfahrer passieren lassen muss.

FOTO: MRS



Ortspolitiker forcieren Stadtwachstum

Die Fraktion WNK/ UWG fordert die Verwaltung auf, das Ziel der Marke „40 000 Einwohner“ im Blick zu behalten. WGA 18.05 2019

Von Anja Carolina Siebel

Die Fraktion WNK/ UWG sorgt sich um die Lebensqualität Wermelskirchens. In einem Antrag für den Zukunftsausschuss beauftragt WNK/ UWG-Mitglied Jan Paas die Verwaltung deshalb, Wohnungsbau-potenziale aufzuzeigen. Ziel sei immerhin, in naher Zukunft eine Einwohnerzahl von 40 000 für Wermelskirchen zu erreichen.

Berücksichtigt werden sollte dabei der Wohnungsbedarf verschiedener Nachfragegruppen. Paas: „Im Vordergrund sollen die Möglichkeiten der Nachverdichtung, Nutzung von Recyclingflächen, der Schließung von Baulücken und der Abrundung von Hofschaf-ten stehen, also eine möglichst kompakte Wohnbaulandentwicklung.“ Ein besonderes Augenmerk solle dem Geschoss-

wohnungsbau gewidmet werden, damit auch ausreichend preiswerter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden könne.

Regionale könnte ein wichtiger Partner sein

Nach Meinung der WNK/ UWG sollte die Verwaltung „innovative Wege“ zur Erreichung des einst beschlossenen Zieles, die 40 000-Einwohner-Marke zu knacken, aufzeigen.

Zur Erreichung dieses Zieles könnte die Regionale 2025 günstige Voraussetzungen schaffen. Die Fraktion schlägt der Verwaltung daher vor, sich mit der Agentur abzustimmen. Die Regionale 2025 habe im Handlungsfeld „Siedlungsentwicklung“ vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums in der Rheinschleife und den Umlandkommun-

AMSELWEG

WOHNRAUM Anfang Mai stellte die Stadt 13 neue Wohnungen am Amselweg 1a vor. Sie sind übrig geblieben von den ehrgeizigen Plänen, preiswerte Wohnungen zu schaffen, die bezogen werden können von Flüchtlingen und allen Wermelskirchenern mit Wohnberechtigungsschein. Denn sie sind von der Wohnbaufirma mit öffentlichen Geldern gebaut.

nen das Ziel, Strategien und Konzepte für eine zukunftsfähige Siedlungsentwicklung unter Berücksichtigung steigender Einwohnerzahlen zu entwickeln und umzusetzen.

Die Ortspolitiker denken noch weiter: Sie beauftragen die Stadt Wermelskirchen nämlich zudem, aufzuzeigen, welche Planungen anzupassen sind, damit die infrastrukturellen Rahmenbedingungen zur Erreichung der 40 000 Einwoh-

ner parallel mit dem Bevölkerungszuwachs geschaffen werden können. Dazu zählen beispielsweise der Kindertagesstättenbedarfsplan und die Schulentwicklung.

Wie berichtet, beinhalten die im Rat beschlossenen Konzepte – Interkommunales Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept Burscheid/ Wermelskirchen 2030 sowie das abgeleitete Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept Wermelskirchen Innenstadt 2030 – das definierte Ziel von 40 000 Einwohnern bis zum Jahr 2030.

Auch die Grünen sorgen sich um die Wohnbebauung

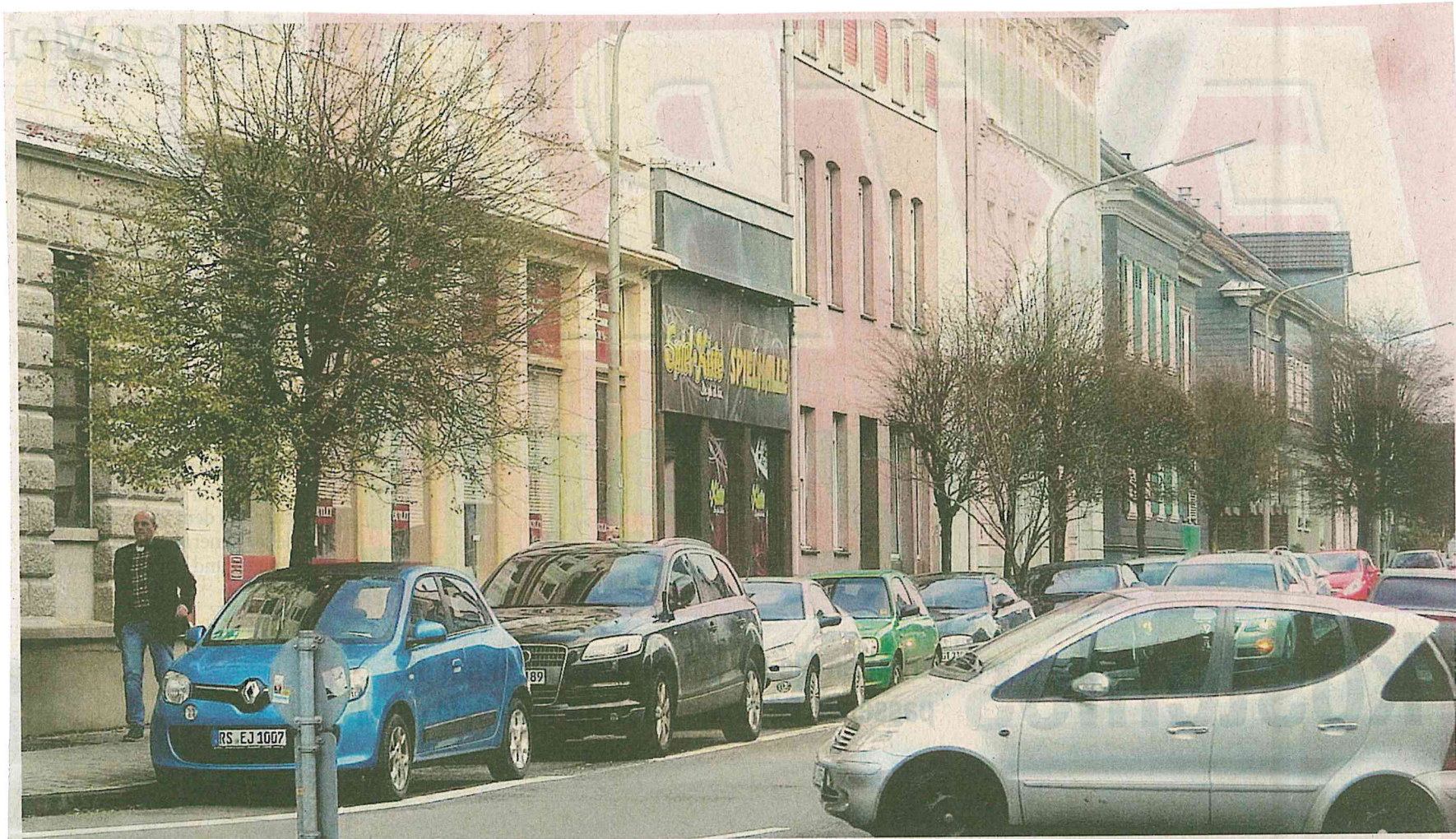
Paas: „Der aktuell vorgestellte neue Schulentwicklungsplan zeigt für die Jahre 2024 bis 2028 kontinuierlich abnehmende Schülerzahlen. Vor dem Hintergrund unserer anhaltenden Aktivitäten im Neubau von Schulen gilt es, die Schülerzahlen für eine optimale Auslastung der Schulen zu sichern.“ Durch eine nachhaltige ver-

trägliche Stadtentwicklung mittels eines „Städtebaulichen Rahmenplanes“ oder einer „Kommunalen Strategie Wohnungsbau“ stärke Wermelskirchen seine Funktion als Mittelzentrum. Eine steigende Einwohnerzahl stärke zudem den Einzelhandel und könne in Teilen für Gewerbe und Industrie die ebenfalls dringend benötigten Facharbeiter sichern.

„Zusätzliche Bürger bedeuten überdies zusätzliche Steuereinnahmen“, sagt Jan Paas. „Womit die Kosten für die anspruchsvollen Zukunftspläne unserer Stadt in weiten Teilen bezahlt werden können und auf Steuererhöhungen verzichtet werden kann.“

Auch die Fraktion der Grünen hatte die Wohnbebauung bereits im Blick. Wie berichtet, würden die Fraktionsmitglieder um Stefan Janosi gern eine entsprechende wohnbauliche Entwicklung rund um den geplanten Vollsortimenter in Dabringhausen sehen.

» Standpunkt



Wermelskirchen hat viele Altbauten. Aber die Nachfrage nach Neubauten wächst stetig.

Archivfoto: Thomas Wintgen

STANDPUNKT

Erstmal Ärmel hochkrepeln

Von Anja Carolina Siebel

Das Ziel der Wermelskirchener Stadtspitze ist hoch gesteckt: in wenigen Jahren von etwas über 35 000 auf 40 000 Einwohner zu kommen. Schaut man sich die Entwicklung Wermelskirchens genauer an, ist man indes geneigt zu fragen: Müssten wir nicht erst einmal jene versorgen, die bereits hier sind? Es fehlt derzeit an bezahlbarem Wohnraum, der von der Verwaltung seit Jahren versprochen wird. Es fehlt aber auch an Kindergartenplätzen. Neue sollen entstehen; bisher ist aber zumindest von den geplanten Neubauten in Hilfringhausen und am Eichholzer Weg nichts zu sehen. Die Schulen klagen über zu

wenig oder zu viel Zulauf. Vor allem aber über marode Gebäude. Eine defekte Heizung hatte erst vorigen Winter den Alltag in der Schwamenschule lahmgelegt. Und es fehlt an niederschwelligen Angeboten für Jugendliche. Kurzum: So kann Wermelskirchen wohl keinen Blumentopf bei jenen gewinnen, die potenzielle Neubürger werden könnten. Da muss noch einiges passieren. Und wann damit



anja.siebel
@rga-online.de

» Ortspolitiker ...

5H 27.05.14 Zukunftsstrategie für Forst erarbeitet

WERMELSKIRCHEN (tei.-) In einem gemeinsamen Antrag fordern WNKUWG und FDP die Stadt Wermelskirchen auf, eine Zukunftsstrategie unter Berücksichtigung der langen Wachstumsphasen des Waldes für den Forstbetrieb zu erstellen. Der Hintergrund: Der Forstbetrieb arbeitet mit einem jährlichen Verlust von 200.000 Euro bei einem Wert des heimischen Forstes von zehn Millionen Euro. „In einer multifunktionalen Forstwirtschaft sind diese negativen Deckungsbeiträge in dieser aufufernden Form nicht tolerierbar“, heißt es in einem Antrag der beiden Fraktionen an den Ausschuss für Umwelt und Bauen. Zwar sei der Wald ein wichtiger Freizeit- und Tourismusfaktor, der auch große Klimaschutzleistungen erbringe, doch die Rahmenbedingungen würden immer schlechter. Deshalb müssten langfristige Planungen erfolgen, um die regelmäßig negativen wirtschaftlichen Ergebnisse in ein regelmäßig positives Ergebnis umzuwandeln.